LZ-Rheinland

Artikel vom 15.05.2019 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 14:23 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/artenschutz-mehr-anstrengung-von-bauern-gefordert

Artenschutz: Mehr Anstrengung von Bauern gefordert



Foto: imago

Wegen des globalen Artenschwundes hat der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) Alarm geschlagen und mehr Schutzanstrengungen unter anderem von der Landwirtschaft gefordert. Landnutzungsänderungen durch die Branche hätten maßgeblich zum derzeitigen „Niedergang der Natur“ beigetragen, heißt es im Globalen Zustandsbericht zur Biodiversität, den der IPBES – ein zwischenstaatliches Gremium zur wissenschaftlichen Politikberatung für das Thema biologische Vielfalt – am Montag vergangener Woche in Paris vorgelegt hat. Gegenwärtig seien weltweit etwa 1 Mio. Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht; das seien mehr als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte. Allein die durchschnittliche Häufigkeit einheimischer Arten in den meisten großen Lebensräumen an Land habe sich – überwiegend seit dem Jahr 1900 – um mindestens 20 % verringert. Daneben seien mehr als 40 % der Amphibienarten gefährdet.

Der IPBES-Vorsitzende Robert Watson warnte davor, dass mit dem Artenverlust auch die Lebensgrundlage für die Menschen verloren gehe. So sei etwa die globale Ernährungssicherung in Gefahr. Allerdings sei es zum Gegensteuern noch nicht zu spät. Es müsse schnell gehandelt werden, beispielsweise in den Bereichen Landwirtschaft,

Energie und Finanzen. Dieser Forderung schlossen sich in Deutschland Vertreter von Politik und Gesellschaft einhellig an. Hinsichtlich der notwendigen Maßnahmen in der Landwirtschaft gingen die Meinungen allerdings auseinander. Gefordert wurde eine deutliche Stärkung des Biolandbaus, aber auch die Zulassung neuer Züchtungsmethoden. Bundesumweltministerin Svenja Schulze erneuerte ihre Forderung nach einer „grundlegenden Reform“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner stellte klar, dass bei der Entwicklung von Artenschutzmaßnahmen die Ernährungssicherung im Blick behalten werden müsse. Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), appellierte an die Verantwortlichen, die Ökonomie der landwirtschaftlichen Betriebe nicht zu vergessen. Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Esser sprach sich für ein „zweigleisiges“ Vorgehen aus. Einerseits müssten bereits bekannte Ursachen des Artensterbens angegangen werden. Zudem seien noch offene Fragen durch Forschung zu klären. *AgE*